



Die Kläranlage in der Muhlau an der Sieg verfügt nicht nur über ausreichend Platz, sie liegt auch zentral. Dort könnte später eine Verbrennungsanlage für Klärschlämme aus dem Kreis Altenkirchen und Umgebung entstehen. Nun soll zunächst einmal eine entsprechende Gesellschaft gegründet werden.

Foto: rai

Den ersten Stein setzen

BETZDORF Verbandsgemeinde auf dem Weg zur Klärschlamm-Monoverbrennung in der Muhlau

Gesellschaft soll gegründet werden. Die Kosten zur Klärschlamm-Entsorgung steigen ebenso wie die gesetzlichen Anforderungen.

goeb ■ Am kommenden Mittwoch soll im Verbandsgemeinderat Betzdorf-Gebhardshain ein wichtiger Grundsatzbeschluss zur Klärschlamm-Entsorgung gefasst werden. Wie berichtet, trägt sich die VG mit Plänen, in der Muhlau mittelfristig den Klärschlamm zu verbrennen. Hintergrund ist u. a. eine immer schärfere Gesetzgebung zur Verwertung der Rückstände. Hier könnte der Abwasserzweckverband Betzdorf-Kirchen-Daaden nun federführend tätig werden. Bürgermeister Bernd Brato bestätigte auf Nachfrage, dass auch in anderen Kommunen im Kreis Altenkirchen schon Beschlüsse zu einer möglichen Beteiligung daran gefasst seien. „Da geht die Reise hin. Am Mittwoch soll ein Beschluss gefasst werden, der zunächst als Auftakt zu verstehen ist.“

Dass die Reise länger werden könnte, verneinte Brato nicht. „Wir haben ja auch noch Zeit, müssen nicht nächstes Jahr alles umsetzen.“ Aber: Eine Gesellschaft zur Klärschlamm-Entsorgung soll gegründet werden und deren Mitglieder dürften dann wohl auch erste Gelder überweisen.

Zum Hintergrund: Zurzeit ist der Acker nach wie vor vielfach die Endstation für den Klärschlamm, der in den Kommunen anfällt. Er bietet den Gebietskörperschaften eine preiswerte Möglichkeit, den Schlamm aus den Anlagen loszuwerden – noch. Wie gesagt, es steigen nicht nur die Kosten, sondern auch die Gesetze sind kontinuierlich verschärft worden. Unproblematisch ist Klärschlamm nämlich nicht. Bisher setzte man stets auf die Bauern als Abnehmer.

Im Jahr 2015 wurden aber schon nur noch etwa 25 Prozent der 1,8 Mill. Tonnen Klärschlämme, die in den deutschen Kommunen anfallen, zu Dünge Zwecken in der Landwirtschaft verwendet. Die meisten

Kämmerer und Bürgermeister der Städte und Gemeinden blicken besorgt in die Zukunft, denn erwartbare weitere Verschärfungen der Klärschlammverordnung dürften den ohnehin schon überschuldeten Kommunen drastische Kostensteigerungen bescheren, wenn sie nicht handeln.

Eine erste Zäsur deutete sich 2005 an. Seitdem gilt unbehandelter Klärschlamm vom Gesetz her nicht mehr als deponietauglich. Mit der „Qualität“ des Schlamms vor vielen Jahrzehnten hat er schon lange nichts mehr zu tun, denn strikte Vorgaben auf der Grundlage des Wasserrechts und des Chemikalienrechts haben dazu geführt, dass die Grenzwerte für Schadstoffe in kommunalen Klärschlämmen (u. a. Chrom, Blei, Quecksilber sowie Dioxin und PFT-Verbindungen) sukzessive herabgesetzt worden sind (teils um 90 Prozent).

Experten gehen davon aus, dass die heutigen Grenzwerte in absehbarer Zeit abermals halbiert werden. Brato: „Die neue Verordnung greift 2019, da setzt sich die Verschärfung, die wir in den letzten Jahren beobachtet haben, einmal mehr fort. Wir müssen als Kommune also tätig werden.“

Schon heute werden erhebliche Mengen des Schlamms verbrannt. Zum Hintergrund: Getrockneter Klärschlamm aus der biologischen Abwasserbehandlung besitzt einen hervorragenden Brennwert, besteht er doch zum großen Teil aus organischer Biomasse, welcher der gleiche Brennwert attestiert wird wie Braunkohle. Das Heidelberger Institut für Energie- und Umweltforschung hält die thermische Nutzung sogar für die beste Alternative, auch in puncto Ökobilanz. Die Mitverbrennung von Klärschlämmen in Kohlekraftwerken mit leistungsfähigen Filteranlagen bringt sichtbare Vorteile bei der CO₂-Bilanz. Nach der Verbrennung in Kohlekraftwerken lässt sich der wertvolle Phosphor allerdings nicht zurückgewinnen.

Nicht nur die Kohlekraftwerke sind Abnehmer des Klärschlammes. Schon heute gibt es sogenannte Monoverbrennungsanlagen für Klärschlamm, die mitunter kommunale Betreiber haben. Bisher lohnte sich eine Anschaffung in ländlichen Regionen nicht. Mit steigenden Entsorgungskosten bzw. Ausbringungsverboten auf

dem Acker rechnet sich das aber zusehends auch auf dem Land. Fachleute gehen davon aus, dass bei steigender Nachfrage die Mitverbrennungspreise von Kohlekraftwerken steigen werden, zumal Kohlekraftwerke mit hohen Wirkungsgraden auf die Mitverbrennung von Klärschlamm nicht ausgelegt sind. Kräftige Preissteigerungen sind in den nächsten Jahren zu erwarten. Studien zufolge ist mit Mitverbrennungspreisen von 70 Euro pro Tonne in Kohlekraftwerken bis zum Jahr 2020 zu rechnen.

In diesen Preiskategorien kann sich der Bau dezentraler, rein auf Klärschlämme ausgelegter Anlagen lohnen, meint auch Brato. „Außerdem wollen wir den Schlamm nicht durch die ganze Republik zum Verfeuern fahren.“ Die Zeiten, in denen sich dezentrale Anlagen rechnen, werden kommen, war sich Bürgermeister Bernd Brato schon in einer Einlassung 2017 sicher. „Dazu müssen aber entsprechende Mengen angeliefert werden.“

Die Muhlau verfügt über den nötigen Platz. Und zentral ist der Ort auch. Der Bau einer solch teuren Anlage lohnt sich aber nur, wenn die entsprechenden Mengen angeliefert und verbrannt werden. Nur eine kreisweite Lösung lässt das realistisch erscheinen. Laut Bernd Brato gibt es heute schon Beispiele, wo das funktioniert, etwa bei einem Zusammenschluss in der Eifel, wo Kommunen dafür eigens eine Anstalt öffentlichen Rechts gegründet hätten.

Die Gesellschaftsgründung soll nun auch im Kreis Altenkirchen vollzogen werden. Brato ist optimistisch, was die Liefermengen betrifft. „Wir sind nicht nur mit Kommunen im Kreis im Gespräch, wir haben bereits Anfragen aus Nachbarregionen.“ Hört man sich in der „Szene“ um, ist die Monoverbrennung längst ein vieldiskutiertes Thema.

Noch gehen die Schlämme hier in die Landwirtschaft, die Tendenz ist aber klar weg davon. Die Kraftwerke sind in der Lage, Strom zu produzieren. Theoretisch könnte die Kläranlage selbst eine Abnehmerin sein, denn solche Anlagen gelten als Stromfresser. „Bis zum Bauantrag“, so Brato abschließend, „wird es aber wohl noch ein paar Jahre dauern“.

Andreas Goebel